

AUFGABEN

1. Vergleicht die Wahlprogramme zum Politikfeld „Klima“, indem ihr Ziele und Maßnahmen der Parteien tabellarisch gegenüberstellt. Wählt geeignete Vergleichskategorien aus, um eure Ergebnisse zu strukturieren.
2. Bewertet die politischen Vorhaben der Parteien, indem ihr einerseits überzeugende und andererseits lückenhafte oder unrealistische Politiken markiert.
3. Stellt eure Ergebnisse im Plenum vor und sprecht jeweils eine Wahlempfehlung aus.



M1 Problemskizze

Hamburg steht als Millionenstadt und internationaler Wirtschaftsstandort vor großen Herausforderungen im Bereich des Klimaschutzes. Der Klimawandel erfordert tiefgreifende Veränderungen in Energieversorgung, Mobilität, Stadtentwicklung und Industrie. Gleichzeitig müssen soziale und wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden, um eine gerechte Transformation zu gewährleisten. Die Auswirkungen des Klimawandels sind in Hamburg bereits spürbar. Häufigere Starkregenereignisse führen zu Überschwemmungen, während Hitzewellen vor allem ältere Menschen und Kinder belasten.

1. Klimaneutralität als Ziel: Hamburg hat sich ambitionierte Klimaziele gesetzt, darunter die Klimaneutralität bis spätestens 2045. Dieses Ziel erfordert eine drastische Reduzierung der CO₂-Emissionen in allen Sektoren, einschließlich Energie, Verkehr und Gebäude. Die Herausforderung besteht darin, diese Transformation sozial gerecht und wirtschaftlich tragfähig zu gestalten.

2. Steigende Extremwetterereignisse: Die Auswirkungen des Klimawandels sind in Hamburg bereits spürbar. Häufigere Starkregenereignisse führen zu Überschwemmungen, während Hitzewellen vor allem ältere Menschen und Kinder belasten. Die Stadt muss ihre Infrastruktur anpassen, um die Resilienz gegenüber Extremwetterereignissen zu erhöhen.

3. Energieversorgung und Wärmewende:

Die Umstellung auf erneuerbare Energien und die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung sind zentrale Herausforderungen.

Der Ausbau von Wind- und Solarenergie muss beschleunigt werden, während veraltete Heizsysteme durch klimafreundliche Alternativen wie Wärmepumpen oder Fern-

wärme ersetzt werden müssen. Dies erfordert hohe Investitionen und eine sozialverträgliche Gestaltung der Energiewende.

M2 Wahlprogramme in der Zusammenfassung



Die CDU Hamburg sieht Klimaschutz als eine der größten Herausforderungen, die zugleich wirtschaftliche Chancen birgt. Sie setzt auf technologieoffene Lösungen und marktwirtschaftliche Instrumente, um ambitionierte Klimaziele zu erreichen, ohne die soziale und wirtschaftliche Balance zu gefährden. Verbote und strenge Vorschriften lehnt die CDU ab, da sie die Innovationskraft und die Eigenverantwortung von Unternehmen und Bürger*innen einschränken könnten. Im Energiebereich strebt die CDU den Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere Wind- und Solarenergie, an. Sie betont die Notwendigkeit moderner Speichertechnologien, um eine stabile Energieversorgung zu gewährleisten. Energetische Gebäudesanierungen sollen durch Anreize und gezielte Förderungen unterstützt werden, um Eigentümer zu entlasten und zugleich CO₂-Emissionen im Gebäudesektor zu reduzieren. Im Verkehr setzt die CDU auf einen breiten Ansatz: Die Förderung der Elektromobilität durch den Ausbau der Ladeinfrastruktur und die Umstellung auf alternative Antriebe im öffentlichen Nahverkehr stehen im Mittelpunkt. Der Hamburger Hafen soll als Drehscheibe für nachhaltige Logistik dienen, etwa durch die verstärkte Nutzung von Wasserstofftechnologien. Die CDU sieht Hamburg als potenziellen Vorreiter im

Bereich der Klimainnovation, der durch technologieoffene Strategien sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Erfolge erzielen kann.

85



Die FDP Hamburg verfolgt eine pragmatische und wissenschaftlich fundierte Klimapolitik, die den Fokus auf Effizienz, Wirtschaftlichkeit und soziale Ausgewogenheit legt. Sie sieht
 90 Klima- schutz als Querschnittsaufgabe, die in verschie- denen Bereichen integriert umgesetzt werden muss. Dabei soll die Wirtschaft als treibende Kraft für innovative
 95 Lösungen und Technologi- en unterstützt werden. Ein Schwerpunkt der FDP ist die Klimaangepas- sung: Die Partei fordert Investitionen in die Re- silienz der Stadt, um
 100 sich besser gegen die Fol- gen des Klimawandels wie Starkregen, Über- schwemmungen und Hitzeperioden zu wapp- nen. Im Energiebereich setzt die FDP auf den Ausbau erneuerbarer Energien und
 innovative Ansätze wie Dach- und Fassadenbegrünung, um das Mikroklima in
 105 der Stadt zu verbessern. Im Bereich Mobilität fordert die FDP eine emis- sionsarme Verkehrsinfrastruktur, die auf den Ausbau der Ladeinfrastruktur und alternative Antriebe
 110 setzt, ohne den motorisierten Indivi- dualverkehr stark einzuschränken. Sie sieht in der Stadtnatur einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und setzt auf den Schutz von Grün-
 115 flächen sowie die Förderung klimaresistenter Baumarten. Die FDP betont, dass Klimaschutz- maßnahmen wirtschaftlich tragfähig sein müs- sen, um dauerhaft
 erfolgreich zu sein.



Für die Grünen ist Klimaschutz das zentrale Anliegen ihrer Politik. Sie streben an, Hamburg bis 2040 klimaneutral zu machen und sehen
 120 darin eine Notwendigkeit zur Bewältigung der Klimakrise. Die Grünen verbinden ökologische Ziele mit sozialen und wirtschaftlichen Aspekten und betonen, dass Klimaschutz die Lebensquali-
 tät aller Hamburger*innen verbessern kann.

125 Im Energiebereich setzen die Grünen auf einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien, vor

2

130

allein durch Windkraft und Photovoltaik. Sie fördern gezielt die Nutzung von Dachflächen für
 Solaranlagen und möchten die Stadt zu ei- nem Vorbild in der Energiewende machen. Die
 Wärmewende soll durch den Ausbau der Fern- wärme und die stärkere Nutzung von Wärme-
 135 pumpen vorangetrieben werden. Im Verkehrssektor verfolgen die Grünen eine Mobilitätswende: Der Umweltverbund aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr soll massiv ge-
 140 stärkt werden, während der motorisierte Indivi- dualverkehr reduziert wird. Die Verkehrspolitik soll sozialverträglich gestaltet werden, indem alternative Mobilitätsangebote ausgebaut und
 attraktiver gemacht werden. Die Grünen sehen Hamburg als Modellstadt für Klimaschutz, in der
 145 ambitionierte Maßnahmen wirtschaftliche Chancen eröffnen und die Stadt nachhaltiger und lebenswerter machen.



150

Die Linke verbindet Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit und verfolgt eine radikale Klima- politik, die auf eine schnelle Dekarbonisierung
 155 abzielt. Ihr Ziel ist es, Hamburg bis 2035 klima- neutral zu machen. Dabei betont die Partei, dass die Lasten der Energiewende gerecht ver- teilt werden müssen, um soziale Ungleichheiten nicht
 160 zu verschärfen. Im Energiebereich setzt die Linke auf den Aus- bau erneuerbarer Energien in öffentlicher Hand. Strom und Wärme sollen für alle bezahl- bar bleiben, und ein Grundkontingent an Ener-
 165 gie soll jedem Haushalt kostenfrei zur Verfü- gung stehen. Die Linke fordert zudem den Ver- zicht auf Biomasseverbrennung und den Bau von Flusswärmepumpen sowie Moor-PV-Anla-
 170 gen. Im Verkehrssektor setzt die Partei auf einen kostenlosen ÖPNV bis 2030 und den massiven Ausbau von Rad- und Fußverkehr. Sie fordert die Umverteilung des Verkehrsraums zuguns-
 175 ten des Umweltverbunds und die Förderung der Elektromobilität. Für die Linke ist Klima- schutz eine gesellschaftliche Aufgabe, die de-
 mokratisch gestaltet werden muss, um Akzep- tanz und Solidarität zu gewährleisten.

175

10



Die SPD sieht Klimaschutz als zentrale Herausforderung unserer Zeit und strebt an, Hamburg bis 2045 klimaneutral zu machen. Sie betont eine ambitionierte, aber sozial ausgewogene Klimapolitik, die ökologische und wirtschaftliche Ziele miteinander verbindet. Die Partei verweist auf bisherige Erfolge, wie die Reduktion der CO₂-Emissionen um 40 % seit 1990, trotz Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft. Im Energiebereich setzt die SPD auf den Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere Wind- und Solarenergie. Wasserstofftechnologien sollen gefördert und der Hamburger Hafen zu einem Drehkreuz für grüne Energien entwickelt werden. Im Bereich der Wärmeversorgung will die SPD das Fernwärmenetz CO₂-neutral umbauen und gleichzeitig soziale Härten durch gezielte Förderprogramme abfedern. Im Verkehrssektor plant die SPD den Ausbau der E-Mobilität, eine engmaschige Ladeinfrastruktur und die Förderung des Umweltverbunds aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr. Die Partei betont, dass Klimaschutz sozialverträglich gestaltet werden muss, um alle Bürger*innen einzubeziehen und keine zusätzlichen sozialen Belastungen zu schaffen. Für die SPD ist Klimaschutz nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch eine Chance, um Innovationen zu fördern und zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Quelle: Als Textgrundlage dienen die Wahlprogramme der Parteien: CDU (2024): *Auf die Inhalte kommt es an. Unser Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2025, Hamburg.* / FDP (2024): *Für ein weltoffenes, lebenswertes, sicheres und mobiles Hamburg der Zukunft, Hamburg.* / Bündnis 90/Die Grünen (2024): *Gute Gründe für Grün, Hamburg.* / Die Linke (2024): *Gemeinsam für die Vielen – erreichbar durch linke Politik, Hamburg* / SPD (2024): *Hamburg vereint, Hamburg.* zusammengefasst von ChatGPT.

AUFGABEN

1. Vergleicht die Wahlprogramme zum Politikfeld „Sicherheit“, indem ihr Ziele und Maßnahmen der Parteien tabellarisch gegenüberstellt. Wählt geeignete Vergleichskategorien aus, um eure Ergebnisse zu strukturieren.
2. Bewertet die politischen Vorhaben der Parteien, indem ihr einerseits überzeugende und andererseits lückenhafte oder unrealistische Politiken markiert.
3. Stellt eure Ergebnisse im Plenum vor und sprecht jeweils eine Wahlempfehlung aus.

**M1 Problemskizze**

Hamburg steht als Großstadt und internationaler Handelsstandort vor besonderen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Während die Kriminalitätsrate in einigen Bereichen rückläufig ist, bleiben bestimmte Problembereiche bestehen oder haben sich verschärft. Eine Skizzierung der zentralen sicherheitspolitischen Herausforderungen verdeutlicht die aktuellen Problemlagen:

1. Kriminalitätsschwerpunkte: Einige Bereiche Hamburgs, wie der Hauptbahnhof, sind als Kriminalitätsschwerpunkte bekannt. Hier treten häufig Straftaten wie Drogenhandel, Gewaltverbrechen und Diebstähle auf. Diese Hotspots beeinträchtigen nicht nur die objektive Sicherheit, sondern auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Besucherinnen.

2. Organisierte Kriminalität: Hamburgs Hafen ist ein zentrales Einfallstor für internationale Drogenkartelle und organisiert kriminelle Netzwerke. Der Schmuggel von Drogen, Waffen und illegalen Gütern stellt nicht nur eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit dar, sondern auch für die Integrität wirtschaftlicher und politischer Strukturen.

3. Extremismus und Terrorismus: Hamburg ist Ziel rechtsextremistischer, islamistischer und linksradikaler Strömungen. Rechtsextremistische Netzwerke, islamistische Rekrutierungsversuche und linksextreme Gewalt bedrohen die demokratische Grundordnung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine umfassende Prävention und effektive Strafverfolgung sind hier entscheidend.

M2 Wahlprogramme in der Zusammenfassung**Die Linke**

Die Linke verfolgt einen grundlegend anderen Ansatz in der Inneren Sicherheit. Sie fordert eine Demokratisierung der Polizei, wobei deren Aufgaben auf Gefahrenabwehr und Strafverfolgung beschränkt werden sollen. Überwachungsmaßnahmen wie Videoüberwachung oder Waffenverbotszonen lehnt die Partei ab, da sie darin eine Einschränkung der Freiheitsrechte sieht. Der Verfassungsschutz soll abgeschafft und durch ein wissenschaftliches Institut zur Analyse von Demokratiefeindlichkeit ersetzt werden. Die Linke setzt auf Prävention durch soziale Maßnahmen. Sie betont, dass Kriminalität oft durch soziale Ungleichheit begünstigt wird und daher durch Investitionen in Bildung, Sozialpolitik und kulturelle Teilhabe bekämpft werden muss. Die Partei fordert eine konsequente Bekämpfung von Rechtsextremismus und ein Verbot neofaschistischer Organisationen sowie ein AfD-Verbotsverfahren. Zudem setzt sich die Linke für die Rechte von Demonstrant*innen ein, etwa durch die Entkriminalisierung von Vermummung oder Spontandemonstrationen. Sie sieht die Förderung einer demokratischen und inklusiven Gesellschaft als wirksamste Maßnahme gegen extremistische Tendenzen.



Die SPD hebt hervor, dass Hamburg zu den sichersten Städten Deutschlands gehört, und führt dies auf ihre sozialdemokratische Innen-

politik zurück. Sie hat seit 2011 die Polizei personell verstärkt und plant, den Personalbestand weiter auszubauen. Waffenverbotszonen, Alkoholkonsumverbote und Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten wie dem Hauptbahnhof haben sich laut SPD bewährt und sollen ausgeweitet werden. Zudem soll eine neue Notruf-App eingeführt werden, um die Polizei schneller alarmieren zu können. Zur Bekämpfung organisierter Kriminalität hat die SPD die „Allianz sicherer Hafen Hamburg“ geschaffen, in der Polizei, Zoll und Hafeneinkaufsbehörden zusammenarbeiten. Geldwäsche und illegale Einfuhren sollen durch den Einsatz modernster Sicherheitstechnik besser bekämpft werden. Die Partei will Clanstrukturen verhindern, bevor sie sich etablieren können. Die SPD betont die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, um Straftäter effizienter zu verfolgen. Feuerwehr und Katastrophenschutz sollen durch zusätzliche Investitionen in Personal und Infrastruktur gestärkt werden. Sie setzt auf eine Kombination aus repressiven Maßnahmen und sozialer Prävention, um sowohl die objektive als auch die subjektive Sicherheit in Hamburg zu erhöhen.



Die CDU Hamburg macht Innere Sicherheit zu einem ihrer zentralen Themen und verfolgt das Ziel, Hamburg zur sichersten Großstadt Deutschlands zu machen. Sie sieht Sicherheit als Voraussetzung für Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um dieses Ziel zu erreichen, will die Partei die Polizei, Feuerwehr, Justiz und den Verfassungsschutz personell und technisch umfassend stärken. Geplant ist unter anderem die Einführung moderner Technologien wie digitaler Streifenwagen und KI-gestützter Analysetools. Bodycams, Smartphones und Tasers sollen flächendeckend eingeführt werden, um die Polizei besser auszustatten. Die CDU setzt auf eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber Extremismus und Clankriminalität. Kriminelle Strukturen sollen durch ein verbessertes Lagebild und den verstärkten Einsatz von

digitalen Ermittlungsinstrumenten wie Vorratsdatenspeicherung und Online-Durchsuchungen bekämpft werden. Waffenverbotszonen und intelligente Videoüberwachung sollen an Kriminalitätsschwerpunkten wie dem Hauptbahnhof ausgeweitet werden. Die Partei fordert zudem mehr Polizeipräsenz in den Stadtteilen, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger*innen zu stärken. Gleichzeitig sollen Angestellte im Polizeidienst entlastet werden, indem sie Routineaufgaben übernehmen. Im Bereich Cyberkriminalität fordert die CDU eine umfassende Modernisierung der rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen, um Täter effektiver verfolgen zu können.



Die FDP Hamburg betont, dass Innere Sicherheit sowohl durch objektive Maßnahmen als auch durch ein gesteigertes subjektives Sicherheitsgefühl gewährleistet werden muss. Sie fordert eine bessere personelle und technische Ausstattung der Polizei. Dazu gehören mehr Streifenbeamte, eine moderne IT-Infrastruktur sowie ein interner Messenger-Dienst für die Polizei, der einen schnellen Austausch von Einsatzinformationen ermöglicht. Angestellte sollen von Routineaufgaben entlastet werden, um die Polizei für ihre Kernaufgaben zu stärken. Ein Schwerpunkt liegt auf Präventionsprogrammen an Kriminalitätsschwerpunkten wie Bahnhöfen und gefährdeten Stadtvierteln. Die FDP fordert, durch städtebauliche Maßnahmen wie Beleuchtungsprogramme und mehr Sauberkeit an öffentlichen Orten Kriminalität vorzubeugen. Zur Bekämpfung von Cyberkriminalität will die FDP ein Cyberabwehrzentrum einrichten, das auch für Unternehmen und Bürger zugänglich sein soll. Die Partei setzt auf ein ausgewogenes Verhältnis von Sicherheitsmaßnahmen und Freiheitsrechten. Sie lehnt eine Ausweitung präventiver polizeilicher Befugnisse, wie den „Präventivgewahrsam“, ab. Präventions- und Deradikalisierungsprogramme gegen Extremismus sollen hingegen gestärkt und evaluiert werden.

10



175 Die Grünen verstehen Innere Sicherheit als Teil einer inklusiven und demokratischen Gesellschaft. Ihr Fokus liegt auf der Prävention von Extremismus und der Stärkung von Demokratiebildung. Sie fordern die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die Vielfalt, Toleranz und Respekt stärken, und betonen die Wichtigkeit eines konsequenten Einsatzes gegen Rechtsextremismus und Islamismus. Der Verfassungsschutz soll personell und technisch besser ausgestattet werden, um extremistische Strukturen frühzeitig zu erkennen.

180 Im Bereich Hasskriminalität setzen die Grünen auf eine stärkere Sensibilisierung der Polizei und die Förderung von Opferschutzprogrammen. Gegen digitale Gewalt fordern sie eine verstärkte Medienkompetenzbildung und rechtliche Unterstützung für Betroffene. Projekte wie „Hamburg gegen Hass“ sollen erweitert und die Erfassung von Vorurteilskriminalität verbessert werden.

195 Die Grünen wollen, dass Sicherheitsmaßnahmen verhältnismäßig bleiben und nicht durch unverhältnismäßige Überwachung die Freiheitsrechte einschränken. Gleichzeitig sehen sie in der Förderung von sozialem Zusammenhalt und einer inklusiven Gesellschaft zentrale Maßnahmen für die Prävention von Kriminalität und Extremismus.

205

210 *Quelle: Als Textgrundlage dienen die Wahlprogramme der Parteien: CDU (2024): Auf die Inhalte kommt es an. Unser Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2025, Hamburg. / FDP (2024): Für ein weltoffenes, lebenswertes, sicheres und mobiles Hamburg der Zukunft, Hamburg. / Bündnis 90/Die Grünen (2024): Gute Gründe für Grün, Hamburg. / Die Linke (2024): Gemeinsam für die Vielen – erreichbar durch linke Politik, Hamburg / SPD (2024): Hamburg vereint, Hamburg. Zusammengefasst von ChatGPT.*

AUFGABEN

1. Vergleicht die Wahlprogramme zum Politikfeld „Verkehr“, indem ihr Ziele und Maßnahmen der Parteien tabellarisch gegenüberstellt. Wählt geeignete Vergleichskategorien aus, um eure Ergebnisse zu strukturieren.
2. Bewertet die politischen Vorhaben der Parteien, indem ihr einerseits überzeugende und andererseits lückenhafte oder unrealistische Politiken markiert.
3. Stellt eure Ergebnisse im Plenum vor und sprecht jeweils eine Wahlempfehlung aus.

**M1 Problemskizze**

Hamburg als Millionenmetropole und internationaler Verkehrsknotenpunkt steht vor erheblichen Herausforderungen im Bereich Mobilität.

Während die Stadt an einer Mobilitätswende arbeitet, um den Verkehr umweltfreundlicher und klimaneutraler zu gestalten, bestehen weiterhin zahlreiche Probleme, die eine umfassende Verkehrspolitik erforderlich machen:

1. **Steigender Verkehrsbedarf bei begrenztem Raum:** Die wachsende Bevölkerung Hamburgs sowie die Bedeutung der Stadt als Wirtschafts- und Logistikstandort führen zu einem steigenden Verkehrsaufkommen. Der begrenzte Raum im Stadtgebiet sorgt für Konflikte zwischen verschiedenen Verkehrsträgern, insbesondere zwischen motorisiertem Individualverkehr, ÖPNV, Radverkehr und Fußgängern.

15
20

2. **Veraltete Infrastruktur:** Viele Straßen, Brücken und Schienenwege in Hamburg sind sanierungsbedürftig oder überlastet. Beispiele wie die Köhlbrandbrücke verdeutlichen, dass die Verkehrsinfrastruktur nicht mehr den aktuellen Anforderungen genügt. Verzögerungen bei Bauprojekten und schlecht koordinierte Baustellen verstärken die Probleme.

25
30
35
40

3. **Klimawandel und Mobilitätswende:** Der Verkehrssektor ist einer der größten CO₂-Emittenten in Hamburg. Um die Klimaziele zu erreichen, muss der Umweltverbund aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr deutlich gestärkt werden. Gleichzeitig stehen Maßnahmen wie autofreie Zonen oder Tempo 30 oft in Konflikt mit den Bedürfnissen von Autofahrern und Wirtschaftsverkehren.

M2 Wahlprogramme in der Zusammenfassung

Die Grünen stellen die Mobilitätswende in den
45 Mittelpunkt ihrer Verkehrspolitik. Ihr Ziel ist eine klimaneutrale Stadt, in der der Umweltverbund aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr die Hauptlast der Mobilität trägt. Sie sehen in der Reduktion des motorisierten
50 Individualverkehrs einen Schlüssel zur Erreichung von Klimazielen und einer besseren Lebensqualität. Im Bereich ÖPNV planen die Grünen den Ausbau von U- und S-Bahn-Linien mit 36 neuen Stationen bis 2040, den Einsatz
55 autonomer Busse und eine stärkere Förderung von Tangentialverbindungen, die Stadtteile untereinander verbinden. Barrierefreiheit und günstige Tarife, wie das kostenlose Schülerticket und ein geplantes
60 Seniorenticket, sind weitere zentrale Elemente. Für den Radverkehr setzen die Grünen auf den weiteren Ausbau der Velorouten, die Schaffung von geschützten Fahrradstreifen und bessere Abstellmöglichkeiten. Fußgänger
65 sollen von einer neuen Fußverkehrsstrategie profitieren, die breitere Gehwege und sicherere Querungen vorsieht. Die Innenstadt soll autoarm und lebenswerter gestaltet werden. Zusätzlich zur Verkehrswende wollen
70 die Grünen die Infrastruktur modernisieren und dabei Baustellen besser koordinieren, um die Belastung für Bürger*innen zu minimieren. Ziel ist es, Hamburg als Modellstadt für nachhaltige Mobilität zu
75 etablieren

Die Linke

Die Linke fordert eine sozial gerechte und klimagerechte Verkehrspolitik, die den Umweltverbund priorisiert. Sie lehnt die Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs ab und fordert eine gerechtere Aufteilung des Verkehrsraums. Im Bereich ÖPNV setzt sich die Linke für eine kostenlose Nutzung bis 2030 ein und fordert den Bau einer modernen Straßenbahn, die kostengünstiger und nachhaltiger als U-Bahn-Projekte ist. Sie plant Taktverdichtungen, den Ausbau von Querverbindungen und die bessere Anbindung ländlicher Räume. Elbfähren sollen elektrifiziert und ihr Netz verdichtet werden. Im Rad- und Fußverkehr fordert die Partei baulich getrennte Radwege, sichere Schulwege und eine konsequente Sanierung von Gehwegen. E-Scooter sollen nur an festen Stationen abgestellt werden dürfen. Für den Autoverkehr setzt die Linke auf Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit, die Abschaffung der A26 Ost und eine Reform des Anwohnerparkens. Sie plädiert für eine deutliche Reduktion des Verkehrsaufkommens zugunsten von Gesundheit, Sicherheit und Klimaschutz.

105

SPD Soziale Politik für Dich.

Die SPD sieht ihre Verkehrspolitik als integratives Konzept, das alle Verkehrsmittel gleichberechtigt berücksichtigt. Sie setzt auf den Ausbau des „Hamburg-Takts“, der garantieren soll, dass alle Stadtteile rund um die Uhr mit dem ÖPNV erreichbar sind. Dabei werden Schnellbahnen, Busse, autonome Shuttles und Sharing-Angebote kombiniert. Im Bereich ÖPNV hat die SPD ambitionierte Ausbaupläne: neue U- und S-Bahn-Linien, zusätzliche Stationen und dichtere Takte sollen umgesetzt werden. Autonome Busse und eine stärkere Digitalisierung des Verkehrsmanagements sind zentrale Innovationen. Die Tarife bleiben mit Angeboten wie dem kostenlosen Schülerticket sozial verträglich.

125

Für den Radverkehr plant die SPD die Fertigstellung der Velorouten und eine Verbesserung der Infrastruktur, besonders an Knotenpunkten. Fußgänger sollen durch breitere Gehwege und barrierefreie Querungen profitieren. Im Autoverkehr will die SPD Hauptstraßen leistungsfähig halten und Nebenstraßen stärker beruhigen. Die Digitalisierung soll Verkehrsflüsse optimieren und Sharing-Angebote besser integrieren

135

CDU

Die CDU stellt die Freiheit der Mobilität ins Zentrum ihrer Verkehrspolitik. Sie sieht in der aktuellen Verkehrspolitik der SPD und Grünen eine Benachteiligung von Autofahrern und kritisiert das Baustellenmanagement, die Reduzierung von Parkplätzen sowie unzureichende Maßnahmen zur Stauvermeidung. Die CDU fordert einen fairen Mobilitätsmix, bei dem alle Verkehrsmittel – Auto, Fahrrad, ÖPNV und Fußgänger – gleichberechtigt berücksichtigt werden. Für den Autoverkehr plant die CDU eine umfassende Modernisierung der Infrastruktur, darunter intelligente Ampelsysteme, grüne Pfeile an Kreuzungen und die Einrichtung von Kreisverkehren. Projekte wie der Weiterbau der A26 Ost, die Fertigstellung der A20 („Küstenautobahn“) und die Verbesserung der Hafenhinterlandanbindungen stehen im Fokus. Außerdem sollen mehr Parkplätze geschaffen, Quartiersgaragen errichtet und bestehende Parkzonen reformiert werden. Im öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) strebt die CDU Verbesserungen bei Pünktlichkeit, Kapazität und Sauberkeit an. Besonders wichtig ist ihr die Anbindung der Außenbezirke und eine zuverlässigere Abstimmung von Ersatzverkehren. Für Radfahrer und Fußgänger sollen Sicherheitskonzepte erarbeitet werden, um Unfallschwerpunkte zu entschärfen. Eine bessere Baustellenkoordination und schnellere Fertigstellung von Projekten sollen den Verkehrsfluss insgesamt verbessern

170

10



Die FDP Hamburg sieht Mobilität als Grundpfeiler von Freiheit und Lebensqualität. Sie fordert eine ganzheitliche Verkehrspolitik, die alle Verkehrsmittel integriert und voneinander lernt. Vorbild für die FDP ist die Verkehrspolitik der Niederlande, die auf eine konsequente Trennung der Verkehrsströme setzt. Sie betont, dass die Infrastruktur über Jahre hinweg vernachlässigt wurde und nun modernisiert werden müsse. Im Bereich der Infrastruktur plant die FDP Investitionen in marode Brücken wie die Köhlbrandbrücke, den Ausbau der Autobahnen und der Schienenwege. Besonders die Verbindung zwischen Hamburg und Hannover sowie der Fehmarnbelt-Tunnel sollen verbessert werden, um den Hafen als zentralen Wirtschaftsstandort zu stärken. Für den Individualverkehr fordert die FDP eine Ausweitung der Parkmöglichkeiten, etwa durch unterirdische Quartiersgaragen, und eine Reform des Anwohnerparkens, um Handwerker und Dienstleister besser zu berücksichtigen. Im Radverkehr will die Partei bestehende Wege sanieren, sichere Kreuzungen schaffen und die Velorouten beschleunigt ausbauen. Fußgänger sollen durch breitere Gehwege und bauliche Maßnahmen wie Bordsteinabsenkungen profitieren. Im ÖPNV setzt die FDP auf innovative Lösungen wie Expressbusse, bessere Vernetzung mit Sharing-Angeboten und eine stärkere Digitalisierung des Verkehrsmanagements. Dabei will sie alle Verkehrsträger sinnvoll kombinieren, um das Mobilitätsangebot in Hamburg effizienter und attraktiver zu gestalten

Quelle: Als Textgrundlage dienen die Wahlprogramme der Parteien: CDU (2024): Auf die Inhalte kommt es an. Unser Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2025, Hamburg. / FDP (2024): Für ein weltoffenes, lebenswertes, sicheres und mobiles Hamburg der Zukunft, Hamburg. / Bündnis 90/Die Grünen (2024): Gute Gründe für Grün, Hamburg. / Die Linke (2024): Gemeinsam für die Vielen – erreichbar durch linke Politik, Hamburg / SPD (2024): Hamburg vereint, Hamburg. Zusammengefasst von ChatGPT.

3

220

AUFGABEN



1. Vergleicht die Wahlprogramme zum Politikfeld „Wirtschaft“, indem ihr Ziele und Maßnahmen der Parteien tabellarisch gegenüberstellt. Wählt geeignete Vergleichskategorien aus, um eure Ergebnisse zu strukturieren.
2. Bewertet die politischen Vorhaben der Parteien, indem ihr einerseits überzeugende und andererseits lückenhafte oder unrealistische Politiken markiert.
3. Stellt eure Ergebnisse im Plenum vor und sprecht jeweils eine Wahlempfehlung aus.

M1 Problemskizze

Hamburg ist eine der wichtigsten Wirtschaftsmetropolen Deutschlands und Europas. Als Hafenstadt und Handelszentrum verbindet sie jahrhundertalte Tradition mit moderner Infrastruktur und Innovation. Trotz ihrer Stärken steht die Hamburger Wirtschaft vor erheblichen Herausforderungen, die gezielte politische Maßnahmen erfordern:

1. Klimaneutralität und Transformation der

Wirtschaft: Die Hamburger Wirtschaft muss sich den globalen Anforderungen der Klimaneutralität anpassen. Insbesondere energieintensive Branchen und der Hafen stehen vor der Aufgabe, ihre Produktionsprozesse und Logistik nachhaltig zu gestalten. Die Dekarbonisierung erfordert Investitionen in erneuerbare Energien, Wasserstofftechnologien und klimafreundliche Infrastruktur.

2. Wettbewerbsfähigkeit und Fachkräftemangel:

Hamburgs Position im internationalen Wettbewerb wird durch steigende Energiepreise, Fachkräftemangel und langwierige Genehmigungsverfahren gefährdet. Besonders die Industrie und innovative Start-ups leiden unter bürokratischen Hürden und dem Mangel an qualifiziertem Personal. Gleichzeitig erschwert die Konkurrenz anderer Metropolen die Anwerbung von Fachkräften.

3. Herausforderungen im Hafen:

Der Hafen, als Herzstück der Hamburger Wirtschaft, steht vor strukturellen Problemen. Die Anpassung an größere Schiffe, Digitalisierung der Abläufe und der Ausbau von Landstromkapazitäten sind dringend erforderlich. Gleichzeitig sind Umweltbelastungen und Flächenkonflikte zentrale Themen, die die Weiterentwicklung des Hafens beeinflussen.

M2 Wahlprogramme in der Zusammenfassung



Die FDP fordert eine „Wirtschaftswende“ für Hamburg und setzt auf weniger staatliche Eingriffe, mehr Wettbewerb und marktwirtschaftliche Lösungen. Sie sieht den Mittelstand als Rückgrat der Hamburger Wirtschaft und möchte ihn durch ein Belastungsmoratorium von überbordender Bürokratie entlasten. Dazu gehören weniger Meldepflichten und eine Vereinfachung von Genehmigungsverfahren. Ein zentraler Fokus liegt auf der Förderung von Innovation und Digitalisierung. Die FDP schlägt vor, Cluster wie Logistik, erneuerbare Energien und Medien besser zu vernetzen, und fordert Investitionen in KI, Blockchain und autonome Systeme. Sie unterstützt Start-ups durch beitragsfreie Jahre in Wirtschaftskammern und gezielte Kooperationen mit Hochschulen. Im Bereich der Gewerbeflächen möchte die FDP veraltete Gebiete revitalisieren und Gewerbeansiedlungen durch finanzielle Anreize fördern. Der Hafen soll weiterhin ein wichtiger Standortfaktor bleiben, mit einer stärkeren Einbindung in europäische Verkehrsnetze wie den Fehmarnbelt-Tunnel. Hamburgs internationale Rolle soll durch eine bessere Positionierung als Innovationsstandort und durch gezielte Fachkräfteakquise im Ausland gestärkt werden.



Die Grünen verbinden Wirtschaftspolitik mit den Zielen der Klimaneutralität und sozialer

80 Gerechtigkeit. Sie setzen auf Innovationsförde-
 rung und den Ausbau von Zukunftstechnologi-
 en, um Hamburg zu einem Vorreiter in der
 Transformation hin zu einer ökologisch nach-
 haltigen Wirtschaft zu machen. Dazu gehören
 die Förderung von Start-ups, die Unterstützung
 85 von Social Entrepreneurship und die Stärkung
 von Wissenschafts- und Innovationszentren wie
 PETRA IV. Die Grünen fordern die Einrichtung
 einer Ham- burger Zukunftsstiftung, um
 innovative Projek- te und Technologien zu
 90 finanzieren. Besonders wichtig ist ihnen die
 Dekarbonisierung der In- dustrie und die
 Förderung klimafreundlicher
 Produktionsverfahren. Bürokratieabbau und
 Digitalisierung sollen als Hebel dienen, um Ge-
 95 nehmigungsprozesse zu beschleunigen und
 Unternehmen zu entlasten. Im Bereich der
 Hafententwicklung setzen die Grünen auf eine
 nachhaltige Nutzung der Flä- chen und eine
 stärkere Integration erneuerba- rer Energien
 100 wie Wasserstoff. Sie streben eine enge
 Kooperation zwischen Politik, Wirtschaft und
 Wissenschaft an, um die Herausforderun- gen
 der Klimaneutralität gemeinsam zu bewälti-
 gen.

105

Die Linke

Die Linke fordert eine Abkehr von kapitalisti-
 scher Wirtschaftspolitik zugunsten eines
 110 sozial- ökologischen Systems. Sie möchte
 öffentliche Investitionen massiv ausbauen
 und fordert die Abschaffung der
 Schuldenbremse. Wirtschafts- förderung soll
 sich an sozialen und ökologi- schen Kriterien
 115 orientieren, etwa durch die Re-
 kommunalisierung der Hafeninfrastuktur
 und die Einführung regionaler
 Transformationsräte.

Ein Fokus liegt auf der Unterstützung von klei-
 120 nen Unternehmen und Selbstständigen, unter
 anderem durch eine Entfristung von Gewerbe-
 mietverträgen. Die Linke setzt sich für eine ge-
 rechtere Verteilung des Wohlstands durch hö-
 here Steuern auf große Vermögen und Erb-
 125 schaften ein.

Die Partei plädiert für eine Demokratisierung
 der Wirtschaft und mehr Mitbestimmung in

Unternehmen. Der Hafen soll nachhaltiger ge-
 nutzt und stärker mit anderen norddeutschen
 Häfen kooperieren, anstatt neue Terminals zu
 130 bauen. Die Linke sieht sich als Vertreterin einer
 Wirtschaftspolitik, die die Bedürfnisse der
 Men- schen ins Zentrum stellt und innerhalb
 der pla- netaren Grenzen agiert.



135 Die SPD sieht Hamburg als Wirtschaftsmetropo-
 le, deren Stärke durch kluge und nachhaltige
 Politik weiter ausgebaut werden soll. Sie setzt
 auf eine umfassende Hafenstrategie, die auf
 Innovation, Digitalisierung und Klimaschutz
 140 abzielt. Projekte wie die Köhlbrandbrücke, der
 Ausbau der Hafenbahn und die Integration von
 Wasserstofftechnologien sind zentrale Punkte
 ihrer Agenda. Die SPD will den
 Innovationsstandort Hamburg stärken und hat
 145 dafür bereits Maßnahmen wie Innovationsparks
 und Gründerinitiativen ge- startet. Ein starker
 Fokus liegt auf der Förde- rung von Start-ups
 und Zukunftstechnologien. Zudem plant sie eine
 stärkere Vernetzung von Wissenschaft und
 150 Wirtschaft, um Forschungser- gebnisse in die
 Praxis zu überführen. Die Sozialdemokraten
 sehen die Industrie als tragende Säule der
 Wirtschaft und fördern de- ren Transformation
 hin zu klimaneutralen Pro- duktionsprozessen.
 155 Handwerksbetriebe sollen durch Gewerbehöfe
 unterstützt werden, um in der Stadt
 wettbewerbsfähig zu bleiben. Ham- burg soll als
 Standort für grüne Technologien und
 klimafreundliche Mobilität weiter ausge-
 160 baut werden.



Die CDU betont die Notwendigkeit einer wirt-
 165 schaftlichen Neuausrichtung in Hamburg, um
 die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt zu
 sichern. Sie sieht den Standort in einer
 Anpassungskrise und kritisiert eine
 mangelhafte wirtschaftspoli- tische Führung
 170 in den vergangenen Jahren. Hamburgs Hafen
 und andere Schlüsselindustri- en haben nach
 ihrer Ansicht an Bedeutung ver- loren.

¹⁰
175 Die CDU setzt auf die Stärkung der sozialen
Marktwirtschaft durch innovations- und investi-
tionsfreundliche
Rahmenbedingungen. Kern- punkte sind
der Abbau von Bürokratie, die För- derung
von Forschung und Entwicklung sowie
180 gezielte Investitionen in
Zukunftstechnologien wie erneuerbare
Energien und Wasserstoff. Der Mittelstand
soll durch Steuerreformen, Büro-
kratieabbau und attraktive Gewerbeflächen
185 gestärkt werden. Ein Schwerpunkt liegt auf
der Modernisierung des Hafens. Die CDU
plant Investitionen in die
Hafeninfrastruktur, einschließlich der West-
Er- weiterung des Waltershofer Hafens und
190 der Förderung von Zukunftsbranchen im
Hafenge- biet. Zudem schlägt sie mit dem
Konzept „Frei- hafen 2.0“ eine
Innovationszone vor, die Start- ups und
Unternehmen ideale Bedingungen für
195 Experimente und Entwicklungen bietet. Die
CDU verbindet wirtschaftlichen Erfolg mit
sozia- ler und ökologischer Verantwortung.
Quelle: Als Textgrundlage dienen die Wahlprogramme der
200 *Parteien: CDU (2024): Auf die Inhalte kommt es an. Unser*
Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2025, Hamburg. /
FDP (2024): Für ein weltoffenes, lebenswertes, sicheres und
mobiles Hamburg der Zukunft, Hamburg. / Bündnis 90/Die
Grünen (2024): Gute Gründe für Grün, Hamburg. / Die
205 *Linke (2024): Gemeinsam für die Vielen – erreichbar durch*
linke Politik, Hamburg / SPD (2024): Hamburg vereint,
Hamburg. Zusammengefasst von ChatGPT.

AUFGABEN



1. Vergleiche die Wahlprogramme zum Politikfeld „Wohnen“, indem ihr Ziele und Maßnahmen der Parteien tabellarisch gegenüberstellt. Wählt geeignete Vergleichskategorien aus, um eure Ergebnisse zu strukturieren.
2. Bewertet die politischen Vorhaben der Parteien, indem ihr einerseits überzeugende und andererseits lückenhafte oder unrealistische Politiken markiert.
3. Stellt eure Ergebnisse im Plenum vor und sprecht jeweils eine Wahlempfehlung aus.

M1 Problemskizze

Hamburg steht im Bereich Wohnen und Mieten vor erheblichen Herausforderungen, die durch steigende Kosten, begrenzte Ressourcen und soziale Ungleichheiten geprägt sind. Eine Skizzierung der zentralen Problembereiche verdeutlicht den Handlungsbedarf:

1. Steigende Mieten und Wohnkosten: In

Hamburg sind die Mieten in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Besonders für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen wird es zunehmend schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Indexmieten und möblierte Wohnungen treiben die Preise zusätzlich in die Höhe, während energetische Sanierungen oft zu höheren Warmmieten führen.

2. Wohnraummangel: Hamburg wächst, aber die Schaffung von neuem Wohnraum kommt nicht hinterher. Besonders bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen fehlen. Die hohen Baukosten, steigende Zinsen und langwierige Genehmigungsverfahren erschweren den Neubau zusätzlich. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Sozialwohnungen aufgrund des Auslaufens von Bindungen.

3. Klimaschutz und Nachhaltigkeit: Die Notwendigkeit, Gebäude energieeffizient zu sanieren und klimaneutral zu bauen, steht im Spannungsfeld zu steigenden Baukosten und der finanziellen Belastung für Mieter*innen. Gleichzeitig bleibt der Flächenverbrauch durch Neubau eine Herausforderung, da Grünflächen oft für neue Projekte geopfert werden.



Die CDU Hamburg sieht die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum als zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Wirtschaftsstandort Hamburg an. Angesichts der Krise im Wohnungsbau – verursacht durch gestiegene Baukosten, Zinsen und bürokratische Hürden – fordert sie eine umfassende Modernisierung der Wohnungsbaupolitik. Förderung des Neubaus: Die CDU setzt auf eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, etwa durch eine Genehmigungsfiktion, bei der Anträge als genehmigt gelten, wenn sie nicht rechtzeitig bearbeitet werden. Zudem möchte sie private Investitionen fördern und bürokratische Hemmnisse abbauen. Bezahlbarer Wohnraum: Die Partei will die Zahl der Sozialwohnungen erhöhen und den Drittelmix aus Sozialwohnungen, Mietwohnungen und Eigentumswohnungen regional anpassen, um eine soziale Durchmischung sicherzustellen. Die Grunderwerbsteuer soll gesenkt werden, und ein „Hamburg-Geld“ soll Familien beim Erwerb von Wohneigentum unterstützen. Innovative Lösungen: Veraltete Büroflächen sollen zu Wohnraum umgewandelt werden. Standardisierung, modulares Bauen und neue Bauprototypen sollen den Bau bezahlbarer Wohnungen erleichtern. Klimaschutz und Denkmalschutz sollen pragmatisch umgesetzt werden, um Kostensteigerungen zu vermeiden.

M2 Wahlprogramme in der Zusammenfassung



Die FDP sieht im Wohnungsbau eine der größten Herausforderungen Hamburgs und fordert

80 eine liberale und innovative Wohnungspolitik. Ziel ist es, bezahlbaren Wohnraum für alle Einkommensgruppen zu schaffen.

85 Bürokratieabbau und Digitalisierung: Die FDP möchte Genehmigungsverfahren durch digitale Lösungen wie „One-Stop-Shops“ beschleunigen. Sie fordert die Abschaffung der ausschließlichen Erbpachtvergabe städtischer Flächen, um Bauvorhaben wirtschaftlich attraktiver zu machen.

90 Förderung des Wohnungsbaus: Neben der Nachverdichtung setzt die Partei auf innovative Bauweisen wie 3D-Druck und modulare Verfahren. Die Umnutzung von leerstehenden Büroflächen zu Wohnraum soll erleichtert werden. Zu-
95 dem sollen Baukosten durch ein „Wohnkosten-TÜV“-System gesenkt werden.

100 Soziale Maßnahmen: Die FDP fordert ein Programm zur Förderung von Wohneigentum, einschließlich der Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer für die erste Immobilie. Sie will auch Anreize für Wohnungstausch schaffen, um Wohnraum effizienter zu nutzen.



105 Die Grünen verbinden ihre Wohnungspolitik mit Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit und der Schaffung lebendiger Quartiere. Sie betrachten Wohnen als Grundrecht und setzen sich für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung des
110 Wohnungsmarktes ein.

Förderung von bezahlbarem Wohnraum: Die Grünen fordern jährlich den Bau von 10.000 Wohnungen, davon mindestens 3.000 als Sozialwohnungen. Genossenschaften und gemein-
115 schaftliche Wohnprojekte sollen besonders gefördert werden, um stabile Mietverhältnisse und soziale Durchmischung zu sichern. Die Sozialbindung von gefördertem Wohnraum soll dauerhaft erhalten bleiben.

120 Klimagerechter Wohnungsbau: Die Grünen setzen auf CO₂-neutralen Neubau und energieeffiziente Sanierungen. Dabei sollen nachhaltige Baustoffe wie Holz und erneuerbare Energien
125 wie Fernwärme oder Wärmepumpen stärker

genutzt werden. Flächenverbrauch wird durch Nachverdichtung begrenzt, Grünflächen sollen erhalten bleiben. Mieterschutz: Strengere
130 Maßnahmen wie eine konsequente Mietpreisbremse, die Regulierung von Indexmieten und ein gerechterer Mietspiegel sollen den Schutz von Mieter*innen verbessern. Zweckentfremdung wie Leerstand oder
135 Ferienwohnungen wird mit einem Register transparenter gemacht und stärker reguliert.

Die Linke

140 Die Linke sieht Wohnen als Grundrecht und fordert eine radikale Reform des Wohnungsmarkts. Ziel ist, Mieten zu senken und Wohnraum
gemeinwohlorientiert zu gestalten. Mieterschutz und Mietendeckel: Ein
145 Mietendeckel soll überhöhte Mieten senken und weitere Steigerungen begrenzen. Indexmieten und die Umwandlung von Miet- in
Eigentumswohnungen sollen verboten
150 werden. Zweckentfremdung wie Leerstand oder Ferienwohnungen wird mit einem Leerstandsregister und Enteignungen bekämpft. Erweiterung des sozialen
Wohnungsbaus: Die Linke fordert den Bau
155 von 5.000 Sozialwohnungen pro Jahr, die dauerhaft gebunden bleiben. Gemeinschaftliche Wohnformen und Genossenschaften sollen stärker gefördert werden. Vergesellschaftung und
160 Bodenpolitik: Große Wohnungskonzerne sollen vergesellschaftet und städtische Grundstücke nur an gemeinwohlorientierte Träger vergeben werden. Der Erwerb von Grundstücken durch die
165 Stadt soll langfristig günstigen Wohnraum sichern. Rolle der SAGA: Die SAGA soll gemeinwohlorientiert arbeiten, Gewinne in Neubau und Instandhaltung investieren und Mieterhöhungen aus-
170 setzen. Die Sozialbindung aller Wohnungen soll dauerhaft bestehen bleiben. Obdachlosigkeit und Klimaschutz: Die Linke fordert „Housing First“, um Obdachlosigkeit zu beenden, und setzt auf klimagerechte Sanierun-

175 gen, die warmmietenneutral für Mieter*innen
bleiben.

225 *Grünen (2024): Gute Gründe für Grün, Hamburg. / Die Linke (2024): Gemeinsam für die Vielen – erreichbar durch linke Politik, Hamburg / SPD (2024): Hamburg vereint, Hamburg. zusammengefasst von ChatGPT.*



180 Die SPD versteht sich als „Mieter*innenpartei“
und setzt auf eine Mischung aus Neubau, Mie-
185 terschutz und sozialer Wohnraumförderung.
Ziel ist es, Wohnraum für alle Bevölkerungs-
schichten bezahlbar zu halten. Mit dem „Bünd-
nis für das Wohnen“ hat die SPD seit 2011 den
Bau von über 130.000 Wohnungen ermöglicht,
davon 30.000 Sozialwohnungen.

190 Mieterschutz und soziale Verantwortung: Die
SPD will die Mietpreisbremse verlängern, Aus-
nahmen abschaffen und die Kappungsgrenze
auf 11 % senken. Indexmieten und missbräuch-
lich hohe Mieten bei möblierten Wohnungen
sollen reguliert werden. Der Wohnraumschutz
wird gestärkt, etwa durch ein präzisiertes Vor-
kaufsrecht und einen an den Medianwert ange-
passten Mietspiegel.

195 Förderung des Wohnungsbaus: Das Ziel ist,
jährlich 10.000 Wohnungen zu genehmigen,
davon ein Drittel als Sozialwohnungen. Der Drit-
telmix soll bei größeren Bauvorhaben flexibler
200 gestaltet werden, um den Anteil geförderter
Wohnungen auf bis zu 50 % zu erhöhen. Zudem
wird ein neuer „Hamburg-Standard“ entwickelt,
um Baukosten um ein Drittel zu senken.

205 Rolle der SAGA: Die SAGA bleibt ein zentraler
Partner der SPD. Mit 140.000 Wohnungen zu
günstigen Mieten spielt sie eine Schlüsselrolle
im sozialen Wohnungsbau. Sie soll CO₂-neutral
saniiert und Überschüsse in Neubau und In-
standhaltung investiert werden.

210 Klimaschutz im Wohnungsbau: Die SPD setzt
auf erneuerbare Wärmequellen und lehnt teure
Dämmmaßnahmen ab, um Klimaschutz und
finanzielle Entlastung der Mieter*innen zu ver-
binden.

215 *Quelle: Als Textgrundlage dienen die Wahlprogramme der
Parteien: CDU (2024): Auf die Inhalte kommt es an. Unser
Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2025, Hamburg. /
FDP (2024): Für ein weltoffenes, lebenswertes, sicheres und
220 mobiles Hamburg der Zukunft, Hamburg. / Bündnis 90/Die*